

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich
3.00 Mark, durch die Post 3.00 Mark
ausschließlich Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Zeitungs-
postämtern angenommen. Im amt-
lichen Zeitungs-Verzeichnis unter
Saale-Zeitung eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellenangabe
„Saale-Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezug-Abteilung Nr. 1133,
Verkauf-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Doppelstunde Kolonialzeit
oder deren Raum mit 30 Pfg. berech-
net und in unseren Annoncenstellen
und allen Anzeigen-Geschäften ange-
nommen. Adressen der Zeile 1 Hfr.
Schluß der Anzeigen-Nahme
vormittags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Föhrer-An-
zeigen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erscheinungspreis: Halle a. S.
erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Redaktion
Halle a. S., Br. Beuthensstraße 17.
Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 321.

Halle, Donnerstag, den 12. Juli

1917.

Das gleiche Wahlrecht zugestanden. Ein Erlass des Kaisers.

Der Kronprinz eingetroffen.

c. B. Berlin, 11. Juli. Der Kronprinz ist heute morgen in Berlin angekommen und wird sofort zu den Beratungen zugezogen werden.

Die Beratungen beim Kaiser.

WTB. Berlin, 11. Juli. Der Kaiser empfing gestern abend den österreichisch-ungarischen Botschafter, hörte heute vormittag den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts und die militärischen Vorträge und empfing den Besuch des Kronprinzen.

Beratungen in München.

c. B. München, 11. Juli. Der bayerische Ministerpräsident Graf v. Hertling wurde heute vormittag vom König in einer besonderen Audienz empfangen.

Ein Entlassungsgesuch des Kanzlers?

c. B. Berlin, 11. Juli. Die „Voss. Ztg.“ berichtet: Die Nachricht, daß der Reichskanzler gestern sein Entlassungsgesuch eingereicht habe, bestätigt sich. Sie kann heute noch durch die gestrichelte aufstehende Lesart ergänzt werden, daß gleichzeitig auch die übrigen Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihre Entlassung gegeben haben. Eine Entlassung des Kaisers ist noch nicht erfolgt. Was den Kanzler zur Einreichung seiner Entlassung bewogen hat, ist vorläufig nicht bekannt. Man könnte meinen, daß er auf diese Weise lediglich die Entlassung des Kaisers habe erleichtern wollen, es dürfte aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ganz ohne Einfluß auf seinen Entschluß die bisher noch nicht bekannte Tatsache gewesen sein, daß die Zentrumskolonnen am gestrigen Tage ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet hat, in dem dem Sinne nach das Folgende steht: Die Verantwortlichkeit der Zentrumskolonnen des Deutschen Reichstages liegt in dem weiteren Verbleiben des Reichskanzlers auf seinem Posten eine Entlassung des Reichskanzlers ist nicht beabsichtigt. Man könnte meinen, daß er auf diese Weise lediglich die Entlassung des Kaisers habe erleichtern wollen, es dürfte aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ganz ohne Einfluß auf seinen Entschluß die bisher noch nicht bekannte Tatsache gewesen sein, daß die Zentrumskolonnen am gestrigen Tage ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet hat, in dem dem Sinne nach das Folgende steht: Die Verantwortlichkeit der Zentrumskolonnen des Deutschen Reichstages liegt in dem weiteren Verbleiben des Reichskanzlers auf seinem Posten eine Entlassung des Reichskanzlers ist nicht beabsichtigt.

Die „Voss. Ztg.“ und der „Volks-Anz.“ haben sich bisher durch eine Reihe von Fälschungen unheimlich ausgezeichnet, und es dürfte sich auch in diesem Falle noch um unerschöpfliche Gerüchte handeln, da nach der gestern mitgeteilten W. T. B.-Meldung die Entscheidung erst nach den Beratungen fallen sollte, die nach Eintreffen des Kronprinzen stattfinden, deren Resultat aber noch nicht bekannt ist.

Im Widerspruch zu der Meldung des obengenannten Blattes steht auch die Auffassung, die noch am gestrigen Vormittag in parlamentarischen Kreisen vertreten wurde. Es heißt da:

„Wichtiglich des Reichskanzlers hört man heute überwegend, daß er bleiben werde, zumal er die Erklärung, welche die Mehrheit abgibt hat, anerkennen will und weiter das Vertrauen des Kaisers ihm noch wie vor bleiben wird. Natürlich gehen die Meinungen darüber sehr auseinander, ob die Mehrheitsparteien mit dem Kanzler künftig zusammen arbeiten würden und die Politik, die sie vorhaben, ohne Schwierigkeiten durchzuführen in der Lage sind. In linksliberalen Kreisen wenigstens ist man der Meinung, daß eine wirkliche Parlamentarisierung des Ministeriums mit Herrn v. Bethmann Hollweg an der Spitze nicht möglich sei. Auch in Zentrumskreisen würde die Lösung mit dem bisherigen Reichskanzler an der Spitze als nicht durchweg befriedigend anerkannt werden. Kurz, die Meinungen gehen noch durchweg auseinander, und erst wenn der Konrat gesprochen hat, wird der Reichstag Stellung zu nehmen in der Lage sein.“

Die Beschlüsse der Fraktionen.

c. B. Berlin, 11. Juli. Das „V. T.“ will wissen: Die Beschlüsse der Fraktionen sind mit ihren Veränderungen fertig. Der Wortlaut der Beschlüsse ist noch nicht festgesetzt, und die Mehrheit scheint sich noch nicht zu bilden, auch ohne die Nationalisten deren Weg fortzuführen.

c. B. Berlin, 11. Juli. Eine Ausschüßung hat heute im Reichstage nicht stattgefunden. Trotzdem bildeten sich in den Wandelgängen des Reichstages lebhaftige Gruppen von Abgeordneten, die im Reichstag gesellig zu tun hatten und die Lage besprachen. Eine Fraktionsstimmung haben heute morgen nur die Nationalisten abgefaßt, die noch immer nicht darüber schlüssig werden, wie sie sich zu der Erklärung der Mehrheit stellen wollen. Einige führende Nationalisten sind der Ansicht, daß man auf die rechtsstehenden Mitglieder, die der Schwerindustrie angehören, Rücksicht nehmen müsse und daß die Mehrheit der Nationalisten die Erklärung des Zentrums und der Linken unterschreiben müsse. Aber die Fraktion ist darüber noch nicht ins Reine gekommen.

WTB. Berlin, 11. Juli 1917. (Amtlich.)
S. M. der Kaiser hat an das Staatsministerium heute folgenden Erlass gerichtet:

Auf den Mit in Befolgung Meines Erlasses vom 7. April d. J. gehaltenen Vortrag Meines Staatsministeriums, bestimme Ich hierdurch in Ergänzung desselben, daß der dem Landtag der Monarchie zur Beschlußfassung vorzulegende Gesetzesentwurf wegen Abänderung des Wahlrechtes zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes aufzustellen ist. Die Vorlage ist jedenfalls so früh einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können.

Ich beauftrage Sie, das hierzu Erforderliche zu veranlassen.

Großes Hauptquartier, 11. Juli 1917.

gez. Wilhelm R.

Gegengezeichnet: v. Bethmann Hollweg.

An den Präsidenten des preussischen Staatsministeriums.

Oesterreichisch-ungarischer Heeresbericht.

WTB. Wien, 11. Juli. Amtlich wird verlautbart:

Oesterlicher Kriegshaupplaz.
In den Karpaten hält die rege Geschäftstätigkeit an. Südlich des Dnjestr wurden die Bewegungen der verbündeten Truppen ohne Störung durch den Gegner vollzogen. Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegshaupplaz.
Am Isonzo gewinnt das feindliche Geschützfeuer stellenweise an Stärke.

Südböhmischer Kriegshaupplaz.
Unverändert.

Der Chef des Generalstabs.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 11. Juli, abends. (Amtlich.)

In Westen sind die feindlichen Artilleriekräfte.

In Oden stehen südlich des Dnjestr deutsche und österreichisch-ungarische Truppen an der Donica wieder in Gefechtsstellung mit den Russen.

Letzte Depeschen.

Zur Kampflage.

WTB. Berlin, 11. Juli. Nachdem die deutschen Marinegruppen am 10. Juli 8 Uhr abends die Engländer zwischen der Küste und der Straße Bombardier-Neuport unter schweren englischen Beschüssen an Toten und Gefangenen über die Meer zurückgeworfen hatten, kam die Artilleriekämpfe in Flandern während der Nacht ab. Aus der Gegend von Bapaume war das Feuer in der Nacht gesteigert. Unsere Flieger belegten die Bahnhöfe hinter der Front und Schienenanlagen bei Neuport mit Bomben.

An der Akeras-Front und im Raum von St. Quentin an einzelnen Wägen lebhaftes Artilleriefeuer. Bei Aeschville brachte eine unserer Patrouillen Gefangene ein, während verschiedene schwebende Patrouillenunternehmungen südlich Vermeles, am Südbufer der Scarpe und östlich von Gonnellen stattfanden.

In der Champagne führten wie verschiedene erfolgreiche Patrouillenunternehmungen durch. In der Nacht vom 9. zum 10. brachen nach kurzem Feuerüberfall Stoßtrupps in die feindlichen Graben nördlich Reims ein und lehrten mit einer größeren Zahl an Gefangenen und Beute zurück. Eine andere Patrouille folgte südlich Wanderscourt dem Gegner in seinen stark besetzten Graben empfindliche Verluste zu. In der Nacht vom 10. zum 11. machte eine unserer Patrouillen bei Cerny nach kurzer Vorbereitung durch Sprengung und Minenfeuer Gefangene. Ebenso brachten unsere Patrouillen südlich Tauxere und westlich Bapaume Gefangene ein.

An der magdeburger Front unternahmen feindliche Flieger wiederholt Bombenangriffe auf eine unserer vorigen Feldblazette.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Ueber die Auffassung der Konservativen zur Lage schreibt die „Kreuzzeitung“:

Eine Kreuzung der Reichsregierung durch Vertrauensmänner der Reichstagsfraktionen scheint uns undiskutierbar, und wir können uns nicht vorstellen, wie auch nur eine Ergänzung der Regierung in einer Weise stattfinden könnte, die mit den fundamentalen Grundlagen unserer Verfassung vereinbar wäre. Ungleich bedeutungsvoller scheint uns angesichts der ungeheuren Kämpfe an unserer Front die Stellungnahme zur Friedenstrage. Wenn der tief bedauerliche Vorstoß des Abgeordneten Erberger dazu führen sollte, daß der Reichstag auf neue die Bereitwilligkeit Deutschlands bezeugt, seinerseits die Friedenshand zu bieten, oder wenn gar dabei zum Ausdruck kommen sollte, daß der Reichstag auf dem Boden der sozialdemokratischen Friedensformel treten, so müßten wir das für eine schwerere Schädigung des Vaterlandes halten. Der Reichstag würde damit den Kriegswillen unserer Feinde kränken, unsere tapferen Truppen in den Rücken fallen und die Lage unserer Unterhändler bei späteren Friedensverhandlungen auf das schwerste gefährden. Auch eine Resolution, die infolge unbestimmter Fassung die Möglichkeit bietet, daß einzelne der ihr zustimmenden Parteien ihr eine Auslegung im Sinne eines neuen Friedensangebotes auf der sozialdemokratischen Grundlage geben, würde uns untröstlich dünken. Was im Reichstages zum Ausdruck kommen muß, wenn die Volkserrettung der Forderung der Stunde gerecht werden will, ist das unbedingte Vertrauen, daß die Taten von Heer und Flotte es sind, die unsere Gegner zum Entschlusse von Friedensverhandlungen bringen werden. Bis das geschieht, die Friedensverhandlungen ermöglicht werden, die die Feinde unter Verzicht auf Erwerbungen und Entschädigungen anbieten, und bei denen io die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands in Gegenwart und Zukunft gesichert werden können, steht das deutsche Volk unerschütterlich und trotz zu unseren Angehörigen und ihren Führern. Das muß der Reichstag zum Ausdruck bringen.

Die Freikonventionen.

Bemerkenswert sind folgende Ausführungen des Herrn v. Joditz und Steinfurk in der „Post“:

„Eine Maßnahme, die mit der historischen Entwicklung und dem Aufbau des preussischen Staates io wenig vereinbar ist, wie die Einführung des gleichen Wahlrechtes, würde sich nur dann rechtfertigen lassen, wenn sie die Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung des Weltkrieges wäre. Über die Ueberzeugung gewönne, daß in der Tat der Erfolg des Krieges von der Einführung des gleichen Wahlrechtes in Abhängigkeit wäre, müßte nicht nur seine Bedenken begründet zurückstellen, sondern eine volle Kraft für dessen Durchführung einsehen. Das wäre ein unabweisliches Gebot vaterländischer Pflichterfüllung. Bisher ist aber nicht der mindeste Beweis für die Richtigkeit dieser Annahme beigebracht. Was bisher dafür angeführt wurde, ist nichts als die Ausgeburt der tief epidenhlichen Nervosität oder die Wirkung verfeindeter Drohungen. Weiter muß als eine äußerlich heiklungsweise Erscheinung bezeichnet werden, daß die gesamte Wendung in der inneren Politik nicht auf die Initiative der Konservativen, sondern auf die Initiative der Regierung zurückzuführen ist, sondern auf den Druck der Reichstagsmehrheit hin erfolgte. Das auch in dem vorliegenden Falle die Regierung sich die Führung der Politik aus der Hand nehmen und sich von dem Parlament treiben läßt, ist gerade jetzt besonders unerwünscht, wo die Schwere der Zeit eine schwache Regierung nicht verträgt, sondern mit Notwendigkeit eine starke Regierung erfordert. Die hieraus sich ergebenden personellen Schlussfolgerungen bedürfen der näheren Darlegung nicht.“

Es ist bezeichnend, wie inkonsequent die Konservativen sind. Wenn es sich um Genömerung von Reden in des Reichstages handelt, dann soll der Reichstag gebührend warten, bis die Regierung die Initiative ergreift, wenn es sich jedoch um Durchführung von Maßnahmen der Konventionen, sei es in der Frage der Kriegsgelände oder auf wirtschaftlichem Gebiet handelt, dann nehmen sie für sich das Recht der Initiative in Anspruch. Staatsrechtlich ist der Reichstag jedoch ein dem Bundesrat gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung. Es steht ihm also zweifellos die Initiative zu.

Die Stimmen des Auslandes.

WTB. Wien, 11. Juli. In Beantwortung der politischen Krise in Deutschland führt die „Neue freie Presse“ aus: Von allen Völkern der Erde habe das deutsche in seinen geistigen Anlagen die beste Vorbereitung zur demokratischen Politik. Deutschland werde durch die Demokratie nur gewinnen und nichts verlieren. Seine Demokratie werde echt und lauter, aber gewiß kein Umsturz werden. Die Frage, ob die demokratischen Einrichtungen den Frieden sichern, sei heute kaum zu beantworten. Die Demokratie sei für die Regierungen der Entente nur ein Vorwand zum Völkerraub. Von Frieden ohne Eroberungen bekannte sich England nie. Es sei aber nicht unmöglich, daß die Völkern, denen bei

händig versichert wurde, daß die Entente den Krieg für die Ausbreitung der Demokratie führe, und den Frieden nur mit freier Nationen schließen wollen, an diesen Gedanken glauben. Sie werden jetzt hören, daß auch die Deutschen auf dem Wege zur Demokratie sind, und daß große Parteien mit der Volksmehrheit im Hintergrund zum Frieden ohne Eroberungen sich entschlossen haben.

WTB. Amsterdam, 11. Juli. Die Blätter widmen den Vorfällen im Hauptausfluß des Reichstages ausführliche Besprechungen. Sie verhalten sich im ganzen zurückhaltend und abwartend. — „Allgemeines Handelsblatt“ schreibt: Es muß eine Entscheidung fallen nach rechts oder links. Darauf wartet Deutschland. — „Neuwestfälische Courant“ sagt: Im Augenblick vollzieht sich in Deutschland eine große Umwälzung. Sie ist nicht von heute oder gestern, sondern eine Folge der Entwicklung, die schon zu Friedenszeiten einsetzte. — „Maasbood“ meint: Das Gewitter, das sich über Deutschland zusammengezogen hat, kann in der Atmosphäre des Kriegszustandes, worin wir schon so lange leben, eine sehr einschneidende Veränderung hervorbringen und vielleicht mehr Einfuß haben als die wichtigsten militärischen Erfolge.

WTB. Haag, 11. Juli. „Der Vaterland“ schreibt über die Vorgänge in Deutschland: Diese friedliche politische Umwälzung, die so im letzten Jahre vollzogen wurde, wenn sie auch sehr langer Zeit vorbereitet wurde, wird von großer Tragweite nicht für den inneren Zustand Deutschlands sein, sondern auch für die auswärtigen Beziehungen des Reiches und die kommende Friedenszeit.

WTB. Bern, 10. Juli. „Temps“ erwartet gespannt die Mitwirkung, die die innerpolitische Lage Deutschlands in Wien und Konstantinopel haben wird, und führt darüber aus, daß der Bund der Mittelstaaten auf der militärischen Kraft Deutschlands, dessen Finanzkraft und politischen Prestige beruhe. Der Bund müsse daher an dem Tage, wo Deutschland, das seinen Verbündeten den Weg zeigen sollte, selbst einen neuen Weg suchen, eine Krise durchmachen. — „Überleit“ glaubt, die Vorfälle im Reichstage als Anzeichen für die Entmutigung der Öffentlichkeit in Deutschland deuten zu können.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

WTB. Berlin, 11. Juli. Der Reichstags-Ausschuß des Reichstages einigte sich am Mittwoch dahin, den Donnerstag flüchtig zu lassen. Am Freitag vormittag soll der Hauptausfluß wieder zusammenzutreten. Nachmittags soll die Wiedereröffnung der 2. Lesung der Entwurfsbeiträge über die Abänderung der Reichsfinanzgesetze und die Abänderung der Reichsfinanzgesetze berathen. Am Sonnabend sollen die Kreditordnungen der äußeren und inneren Politik beraten werden. Es soll verhandelt werden, die Beratungen an diesem Tage zu Ende zu bringen.

Die französische Ernte.

Von unserem Berichterstatter.

Bern, Anfang Juli.

Mit Mühe und Not werden die Franzosen mit ihrem Getreidevorrat bis zur bevorstehenden neuen Ernte zurecht. Die Übergangsperiode ist in manchen Landesteilen zweifellos kritisch gewesen, einzelne Gegenden waren wochenlang gänzlich ohne Brot, oder die unmittelbare Hungertodesgefahr wird bald vorläufig wieder abgemindert sein. Freilich, nur vorläufig. Denn die neue Getreideernte, die für den August in Aussicht genommen ist, wird nach den angestellten Berechnungen 15 Millionen Zentner nicht übersteigen, während Frankreich für seine Ernährung in normalen Zeiten 96 Millionen Zentner Getreide im Jahre verbraucht. Dieses ungeheure Defizit murren in der Regierung die bedauerten Ursachen infolge des Mangels an geeigneten Arbeitskräften, des regnerischen Herbstes und des strengen und lange währenden Winters; außerdem hat im Frühjahr das fortgesetzte abwechselnde Frost- und Tauwetter in vielen Departements die Saat vernichtet. „Es ist deshalb“, schreibt der bekannte Sozialistenführer Compro-Morel in der „Sommant“, nicht übertrieben zu behaupten, daß eine Hungersnot, wie die Ende des Jahres 1917—1918 zu besichtigen ist.“ Diese Sorge erfüllt heute ganz Frankreich, und sie trägt nicht

wenig dazu bei, dem französischen Volke ein banges Grauen vor dem vierten Kriegsjahr einzufößen, zu dessen Erhaltung nur dem eigenen politischen Führern aufgegeben wird. Wie denken sich die Vertreter Staatsmänner angeht dieser Getreideknappheit, die nur für den Augenblick durch die neue Ernte behoben werden kann, den „langen Krieg“, den sie heute wieder ihrem müden, verblutenden Volk preisgeben? Ein Teil des Getreidebedarfs kann vielleicht trotz der deutschen U-Boote durch die Einfuhr aus Nord- und Südamerika gedeckt werden. Aber doch nur ein Teil, denn es gibt viele andere Dinge glänzend über den Ozean zu bringen — Munition, Rohmaterial, Kohlen, Petroleum, Baumwolle —, wenn Frankreich noch ein Jahr weiterkämpfen will, und die deutschen U-Boote liegen Tag und Nacht schiere bereit auf der Lauer. Und wenn auch Brot in erster Linie für die Ernährung des französischen Volkes in Betracht kommt, so braucht es doch noch andere Lebensmittel — Getreide, Reis, Konjerven aller Art —, die ebenfalls größtenteils aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten über Meer transportiert werden müssen. Eine überseeische Einfuhr in so großem Maßstabe, wie nötig wäre, um Frankreich ausreißend mit Lebensmitteln für ein neues Kriegsjahr zu versorgen, erscheint deshalb unter den gegenwärtigen Verhältnissen gänzlich ausgeschlossen.

In Frankreich sieht man diese Unmöglichkeit auch ein, und man sucht verweiseit nach Mitteln, um aus eigener Kraft die im Frühjahr 1918 drohende Katastrophe abzuwenden. Der Minister soll intensiver, wissenschaftlicher, mit modernen Werkzeugen, an denen es bisher fehlte, betrieben werden; es soll diesmal rechtzeitig durch Beurlaubung älterer Lehrende von der Front für ausreichende Arbeitskräfte gesorgt werden. Aber das sind alles nur scheinbare Maßnahmen, die ein paar Tage in der Pariser Deputiertenkammer können und dann verfallen werden. Die dritte Republik ist unfähig, ein so ungewöhnlich kompliziertes Problem wie die Lebensmittelversorgung eines von der überseeischen Zufuhr so gut wie abgeschnittenen Landes glücklich zu bewältigen. Um das zu erkennen, genügt es zu wissen, auf welche verlorene und unzulängliche Weise die französische Regierung heute, nach den Erfahrungen dreier Kriegsjahre und mit dem deutschen Vorbild vor Augen, die Lebensmittelfrage zu lösen versucht.

Frankreich hat bekanntlich in der Person des Ministers Riolette einen sogenannten Lebensmitteldiktator. Dieser Diktator zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß er keine diktatorischen Vollmachten besitzt. In Wirklichkeit ist es sein Amt, die gesamte Bevölkerung Frankreichs, sowohl Soldaten wie Zivilisten, mit Nahrungsmitteln und Heimmaterial zu versehen. Über die Versorgung der Bevölkerung mit Rohstoffen untersteht bereits dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Die Versorgung des Heeres verbleibt dem Kriegsministerium und das große Hauptquartier. Das Ministerium für die öffentlichen Arbeiten, die für die Versorgung des Heeres, der Truppen, der Eisenbahn, der Luftschiffe und Dampfermittel. Das Handelsministerium verfügt über Baumwolle, Leder und Kasse. Sämtliche Kolonialprodukte fallen in das Ressort des Kolonialministeriums, während wiederum das Ministerium des Innern die Verteilung des Getreides regelt. Die Erzeugung zur Einfuhr von Lebensmitteln kann endlich nur das Handelsministerium erteilen, während das Finanzministerium die Ausfuhr überwaht. Es haben sich noch nie so viele Ministerien in Frankreich mit der Lebensmittelversorgung des französischen Volkes beschäftigt, wie seitdem es eigentlich nur ein einziges Lebensmittelministerium gibt, das des unglücklichen Herrn Riolette, der sein niegegründetes Organisationsstatut, wie man sieht, gar nicht entfallen kann. In dieser wilden Verwirrung der Machtbefugnisse wurzeln die widersprüchlichen Lebensmittelpläne, die täglich in Paris herauskommen und meistens sofort wieder rückgängig gemacht werden. Ein erster Gegner im ökonomischen Kampf, der vielleicht den Weltkrieg entzündet wird, ist Frankreich jedenfalls nicht, und auf diesem Schlachtfeld kann man seine Niederlage getrost prophesieren.

Die französische Flieger.

Bern, 10. Juli. Der französische amtliche Bericht vom 7. Juli abends kündigt, wie sich die Franzosen die Wirkung der Fliegerangriffe auf Weidensland gedacht hatten. Der Bericht fällt gleich mit dem bombastischen Satz an: „Unser Bombendienst führte eine Reihe von Unternehmungen unter besonders glänzenden Umständen aus.“ Während wohl nur insofern, als das Wetter in dieser Nacht ungewöhnlich

lich günstig war. Dann geht es wörtlich weiter: „84 Flugzeuge mit einer an Geschwindigkeit und Ausdauer nicht zu übertreffenden Beschleunigung liegen im Laufe dieser Unternehmung auf.“ Dazu kann man nur sagen, daß ohne diese Worte sein können, wenn das die besten Flieger waren, die Frankreich hat. Vor der Gemeinheit, die weit hinter der Front liegende militärisch ganz bedeutungslose und offene Stadt Trier anzugehen, sind diese Helben nicht zurückgeblieben. Daß sie sich aber auch hier nicht in unsern Streifen hineinwagten, zeigt am besten die Tatsache, daß sie die meisten Bomben wahl- und ziellos auf eine Reihe friedlicher Dörfer in der weiteren Umgebung Triers abgeworfen haben. Mehrere Häuser in den Dörfern, ein kleines Kind getötet; mehrere Bauernhäuser beschädigt. In Trier selbst zahlreiche Fensterheben getrieben, der Dachstuhl des Franziska 10 Gewächshaus abgebrannt. Von einem Brand im Hauptbahnhof wie die Franzosen behaupten, eine Rede; die Bahnstrecke ist genau so unbeschädigt wie vor dem Angriff.

Nach phantastischer sind die Meldungen, die die sechs Flieger von Ludwigshafen heimgebracht haben. Welche Gebäude in Ludwigshafen in Flammen aufgegangen sein sollen, das weiß dort kein Mensch. Der in der Militärfabrik angezündete Schaden ist vollends gleich Null, wie wir von den Franzosen im Vertrauen mitteilen wollen.

Die übrigen vier Flieger sind dem Bericht fehlen nur getreut. Es scheint beispielsweise der Flieger, der vor Koblenz gewesen sein will, sich gar nicht verirrt zu haben; kein Mensch hat dort etwas von seiner Anwesenheit gemerkt. Dem Sportflieger von Essen endlich ist aus Höflichkeit mitgeteilt, daß er seine Bomben in einem Dorfe genau 40 km. von Essen entfernt abgeworfen hat. Ob die dort verdrängten Fensterheben den Flug leuchten, mag er selbst entscheiden.

19 455 kg. Bomben wollen die Franzosen im ganzen in dieser Nacht abgeworfen haben. eint man die erreichten tatsächlichen Erfolge dagegen hält, so können wir den künftigen Flügen ihrer „an Geschwindigkeit nicht zu übertreffenden Flugzeuge“ mit Ruhe entgegensehen.

England.

Die Lebensmittelfrage in England.

WTB. Amsterdam, 10. Juli. Die Teuerung der hauptsächlichsten Lebensmittel hat im Mai und Juni 1917 noch stark zugenommen. Am mehr Getreide für Brot zur Verfügung zu haben, hatte die Regierung unter dem Vorwand, den Volkshunger zu begrenzen, die Biererzeugung um mehr als die Hälfte herabgesetzt. Trotzdem wurde das Brot teurer und die Arbeiter erhielten in den meisten Fabriken kein Bier mehr. Dagegen wurde in mehreren Städten seitens der Arbeiter Beschwerde erhoben und mit Streiks droht, worauf die Regierung die Biererzeugung wieder früher zurücksetzte. Von allen Lebensmitteln ist Fleisch am wenigsten vorhanden und am teuersten. Arbeiter essen kaum einmal in der Woche noch Fleisch. In amerikanischen Häfen liegen große Mengen Getreide für England und Frankreich, konnten aber wegen Mangels an Schiffsraum nicht befördert werden. Alle Fleischtransporte von Amerika gingen, da sie für die Armeen in Frankreich bestimmt waren, nach französischen Häfen.

Rußland.

Im russischen Heeresbericht vom 9. Juli

heißt es u. a.: „Westfront: In der Richtung Jozow südöstlich Braganz allgemeine Artillerietätigkeit. In der Richtung Drolang griffen am 8. Juli mittags die Truppen des Generals Korotkow nach Artillerieunterstützung die besetzten feindlichen Stellungen westlich von Stankow auf der Front Janitsa-Jabow an. Nachdem sie die vorgeschobene Hauptstellung des Feindes durchstoßen hatten, drangen unsere Truppen kämpfend vor und besetzten sich der Stadt Zelnopol und der Dörfer Ljonow, Kamelische und Rybnjo, sowie der Station Sionow. Kanallerie, die zur Verfolgung des zurückweichenden Feindes angelegt wurde, erreichte den Dufkows-Bach. Die Siegesbeute des Tages beträgt 131 Divisionen, 7000 Soldaten, 48 Geschütze, darunter 12 schwere, und viele Maschinengewehre.“

Die hollande Materie blüht fast mittelfeind auf den sommerfrischen, höchsten Mann, der sich im Dienst des Schönen mühte. Es hand, seit sie ihn konnte, seit bei ihr: er würde etwas erhaschen — nie! Alle Mühe und Arbeit würde umsonst sein. Dann gab Felix das Bier ein und sagte, lächelnd mit den anderen entzückend: „Auf das was wir wünschen! Seid Ihr's zufrieden?“

„Wir hätten doch besser in Pfeffermännchens Atelier essen können“, sagte Anna-Laura plötzlich — „bei mir ist es gar zu eng.“

„Aber ungemütlich. Niemand hat einen so molligen, kleinen Dwan unter einem so maderischen Wald- und Feldarrangement“, verzückte Felix, wenn Pfeffermännchen auf diesem Dwan liegend — „und wenn ich erst meine Billie am Rhein habe, dann —“

„Bauer Sie sich hoffentlich einen anständigen Speise-saal“, unterbrach das Mädchen ihn schnell. „Wenn ich nur wüßte, was mit Adequaten ist. Seit zwei Tagen hat sie sich nicht im Atelier sehen lassen.“

Schloßbauer stieß den Anfang eines Liebesliedes aus einer Perrette und sagte plötzlich, als Anna Laura ihn nicht zu verstehen schien: „Morgen kommt ein Engländer, meine Nordlandshäfte anzusehen.“

„Und da — da sind Sie ein bißchen nett zu ihm, nicht wahr?“ fragte die Materie eindringlich — „nicht so heiß und wortreich wie neulich, sondern ein ganz, ganz klein wenig nur unser herzoglicher Felix, denn niemand widersteht kann.“

„Schwanzwedel kann ich nicht; das könnten Sie wissen.“

„Berlange ich auch gar nicht. Aber Flug sein, das können Sie.“

„Wenn mein Bild dem Briten gefällt, soll er es kaufen, sonst muß er es lassen.“

Dann fuhr er lächelnd und in seiner alten neckischen Art fort:

„Anna-Laura, ich weiß genau, was Sie denken.“

„Glaube ich kaum.“

„Aber ich werde es Ihnen beweisen. Sie denken, daß Freundlichkeit noch schwerer ist wie Härte denken. Sie aber entzog sie ihm und ein liebtliches Rot färbte ihr Gesicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Gute Gesellen.

Humoristischer Künstlerroman von Emmy v. Borstel.

1. Fortsetzung. — Nachdruck verboten.

„Darum — also darum“ — es lang angstvoll und verzagt.

„Anna-Laura, bei Gott. Sie sind ein Fröschchen! Selbstverständlich darum! Aber doch ein jammervolles Gesicht müssen Sie trotzdem nicht machen. Der Mensch muß eben alles kennen lernen, auch Weite anmalen.“

„Ja, ja, wenn es ein Stümper, ein Nichtreifer ist, dann meinerwegen. Aber Sie — Sie —“

„Dann muß der Stümper auch wie ein solcher, und ich — aber ich will nichts verraten, Anna-Laura. Sie sollen selbst sehen.“

„Felix“, sie sah ihm bittend ins Gesicht, ihre Stimme klar leise und weich — „Sie haben doch erst für ihre Koristation von dem Wahlstift Sponsor bekommen.“

„Jesse, das wissen Sie auch?“

„Sie haben es mit selbst erzählt.“

„Und Sie meinen, das Geld könnte noch nicht gut sein“, er sagte hell auf. „Ja, wie das so manchmal geht, höchste Anna-Laura. Aber ich es, was bis auf den letzten Heller. Ich kann wirklich nicht dafür, aber —“

„Ich weiß schon, ich weiß. — Aber Sie sind zu gutmütig, man deutet Sie aus. Sie unterliegen das hübscheste Proletariat, und Ihr großes Talent muß Fröschchen tun um der anderen willen.“

Er mußte wohl in diesem Augenblick sehr gute, liebe Gedanken haben, denn über seine Züge lag ein Leuchten. Als sie nun aber bittend fortfuhr:

„Reiben Sie hier, lassen Sie mich zu Weper und Bär gehen, mir schadet die kunstgewerbliche Tätigkeit nichts“, da wurde er rot, seine Augen flammten:

„So, meinen Sie, Sie können sich nichts, ein für allemal nicht. Ein Unglück gibt es, wenn einer der Kerle Sie ischel anblinzelte, ich würde ihn erwürgen.“

Da klopfte sie und ließ ihn gehen.

Als seine Schritte auf der Treppe verlungen waren, folgte sie die Hände zusammen. Ein Jammer, aber heissen

Geht für sein Glück trat auf ihre Lippen. Er war ein Kind des Sonnenheims, ihm an seinen Augenblicken darum, daß er nicht liegend und die Hände nicht erlangen könnte. Sie aber hatte schwereres im und den Bern. Ihr wurde weh und heiß bei dem Gedanken, seine Kraft lahmgelegt, seinen nach den Sternen greifenden Geist verlassen zu sehen in der Front des Alltags.

Als das Abendrot den Himmel mit rosigem Glanz überhauchte, klopfte es wieder an Anna-Lauras Tür.

Sie verbar die Stürmpfe, die sie klopfte, und rief herein.

„Anna-Laura, uns hungert“, das war Schloßbauers Stimme. Hinter ihm trat ein sehr hagerer, sehr langer, rotblonder Jüngling über die Schwelle.

„Ah, Pfeffermännchen, guten Abend!“ Die Kollegin trat ihm leicht freundlich entgegen. „Sehe ich Sie endlich einmal wieder! Sie sind zu heilig geworden, Sie sind ganz ischel geworden.“

„Ja, selbstverständlich, Anna-Laura; denn was zu toll ist, ist zu toll. Pfeffermännchen büßte neubewus auf eine geradezu unheimliche Art und Weise.“

„Wenn man etwas erreichen will, Felix —“

„Muss man vor allen Dingen fett sein, und darum —“

„Ich muß sehr vorlieb nehmen —“

„Ich habe mir erlaubt“ — Pfeffermännchen entnahm seinen Taschen verschiedene Kleinigkeiten. — „Anna-Laura, Sie werden doch nicht fölle sein beschämt?“

„Da sollten Sie mich doch kennen.“ Sie lächelte zu ihm empor und ordnete den Aufschnitt gewandt und appetitlich auf kleinen Tellern. „Sogar Salat in Gelee, nein, diese Verschwendung —“ Sie schick den Kollegen hausfräustlich das Brot, während Felix nach Bier in sein Atelier hinabstürzte.

„Ist Ihr Bild fertig?“ fragte sie den Zurückbleibenden halb laut — „ist es gelungen?“

„O, ich hoffe — ich glaube — möchten Sie es morgen ansehen kommen?“

„Ich hätte nichts von solchen Kritiken, Pfeffermännchen. Sie wissen doch, ja, wenn ich in der Juni fölle — aber so —“

„Wie Sie meinen, dann sende ich es nächster Tage ab.“

„Und einer, den die Kunst nicht losließ! der sich quälte und darbe und es dabei so bequem hätte haben können.“

Die russische Regierung verlegt der Autonomie der Ukraine die Anerkennung.

Zürich, 11. Juli. Die provisorische russische Regierung erklärte in der Petersburg erschienenen Ukraine, dass sie die Autonomie der Ukraine nur zum Eintritt der Konstantine nicht anerkenne. Nur diese könne eine solche beistellen.

Die Amsterdamer Krawalle.

Von Dr. Josef Bayer.

Die Unruhen in Amsterdam haben, von denen jedoch die Nachricht zu uns gelangt ist, bilden ein sehr interessantes Gegenstück zu den Straßenkämpfen, deren Schauplatz vor kurzem Genf gewesen ist. Sie waren sehr verschieden Charakters, dort eine Kumpelung der politisch erzeugten Rädle, hier gewalttätige Ausschreitungen des rebellisch gewordenen Volkes. Aber im Grunde in beiden Fällen Wahrscheinlichkeiten dafür, wie die ruhige und sichere Existenz der neutralen Staaten unter dem Einfluss des Krieges zugrunde zu gehen droht. Wohl gemerkt nur durch die Haltung, welche die eine der kriegführenden Parteien den Neutralen gegenüber angenommen hat. Das muß immer wieder betont werden und das geht auch aus den neuesten Vorgängen klar hervor. Die Mittelmächse und ihre Verbündeten fordern von den neutralen Staaten nichts und haben nie etwas anderes von ihnen gefordert, als die strikte Bewahrung der Unparteilichkeit und die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen in einer Art, die mit eben dieser Unparteilichkeit im Einklang steht. Sie haben sich auch jeder Beeinträchtigung der öffentlichen Meinung in jenen Ländern in einem anderen Sinne enthalten. Die Entente hat es ganz anders gemacht. Erstens geht ihr ganzes Denken und Handeln von Anfang an darauf aus, die Neutralen zum Kampfe an ihrer Seite zu bewegen, entweder mit Gewalt (siehe Griechenland) oder durch geschäftliche Vernichtung (siehe Amerika) oder durch eine maßlose Agitation im Volke und in der Presse (siehe Belgien und Norwegen). Zweitens lässt sie nicht durch Zufall, im Gegensatz zu allen Vorfällen der Kriegführenden gegenüber den Neutralen, die höchsten Eingriffe in deren innere Angelegenheiten zu unternehmen, sie zu einem Werkzeug ihrer sogenannten Weltpolitik gegen Deutschland zu machen und sie für ihre Zwecke auszunutzen, gleichgültig ob sie darüber zugrunde gehen oder nicht.

Das Letztere ist die Wurzel des Übels, das jetzt zu so schweren Krawallen in der größten Handelsstadt Hollands geführt hat. Holland ist wirklich über den Haufen. Die erregte Volksmenge, welche gegen die Abfahrt von mit Kartoffeln beladenen Schiffen nach England protestiert hat, hat den Freunden jenseits der Nordsee den besten Beweis dafür geliefert, wie verlogen und widerwärtig die in der englischen Presse, voran der „Daily Mail“, höher gefährt werden, denn es trage mit seiner ganzen Produktion nur zur Ernährung Deutschlands bei. Jetzt, wo die zunehmende Wirkung des Unterseebootkrieges die Abhängigkeit der englischen Ernährung von der holländischen Versorgung recht klar zur Geltung tritt, ist es mit diesem Märchen zu Ende. Aus den Mäulern in Holland, die infolge politischer und kommerzieller Sympathien für England die Dinge bisher etwas durch eine gefärbte Brille sahen, gehen nunmehr die Augen auf. Es muß ihnen klar geworden sein, daß wir in Deutschland längst gelernt haben, uns mit unserer eigenen Produktion einzurichten und nach der Dede zu streben (was England eben nicht kann), und daß Holland von England weit höhere Opfer als jemals von uns zugemutet wurden, zugemutet werden, wie hervorgehoben werden muß, unter zwangsmäßiger Beschränkung der holländischen Bewegungsfreiheit durch England. Hat nicht eben erst von einer neuen Abänderung der Verhältnisse in der Nordsee durch England gehört, über welche der holländischen Presse der Schein so in die Ohren gefahren ist, daß sie darüber die Sprache verloren hat? Denn die Beschränkung der holländischen Handelsfreiheit durch die Beschränkung der holländischen Handelsfreiheit ist eine berechtigte Anerkennung der holländischen Handelsfreiheit ohne weiteres zugestanden worden ist. Zweifelnd jemand daran, daß es sich um etwas anderes als ein Druckmittel von englischer Seite handelt, um Holland den englischen Wünschen in Bezug auf Lebensmittellieferungen und auf Einstellung der Lieferungen an Deutschland noch gefügiger zu machen als bisher?

Die niederländische Regierung sieht sich nun angelehnt der bitteren Notlage ihrer ärmlichen Bevölkerung und des immer gebietlicheren Auftretens der Engländer zwischen zwei Feuer. Ihre Lage ist nicht beneidenswert. Sie ist nicht völlig davon überführt, denn schon die jüngste Thronrede bei Eröffnung der neu gewählten Generalstaaten wies voll tiefer Bedauern auf die immer wachsenden Schwierigkeiten hin. Wohlgeahnt wird sie nun erkennen, daß das einzige Mittel, die Einkünfte eines etwas energischeren Haltung gegenüber England ist. Denn sie erntet im Grunde nur die Früchte ihrer eigenen Nachlässigkeit in der Vergangenheit. Die Erzählung des berühmten niederländischen Ackerbauers (der „N. D. L.“) war keine eigentliche Regierungserklärung, sondern eine Erklärung des holländischen Handels und der Wirtschaftsfreiheit, die glauben, daß ihre Interessen am besten dabei liegen, wenn sie soweit als möglich der völkerrechtswidrigen englischen Blockadepolitik gegen Deutschland Konzeptionen machen. Es bedarf eigentlich nicht vieler Geschicklichkeit, um vorauszuweisen, daß England, wenn ihm der kleine Finger (es war aber mehr als ein kleiner Finger) gereicht wird, bald nach beiden Händen greifen wird. Der Kernpunkt der Unannehmlichkeit ist, daß der Ungehörigkeitskrieg sich nunmehr gegen England selbst gewendet hat und nicht die Neutralen, die sich bisher angenehm gefügig gezeigt haben, mit Gewalt zu Rettern Englands gepreßt werden sollen. Man hat ihnen ihre eigene Einfuhr gewaltig beschneidet, man hat ihnen nun auch die Verwendung ihrer eigenen Erzeugnisse erschweren und sie ihnen nach Möglichkeit für die Bedürfnisse des englischen Marktes „abnehmen“. Vorunter das holländische Volk heute leidet, das ist „Krieg“, made in England.“ Wir empfinden in Deutschland lebhaft Sympathie mit den Leiden des holländischen Volkes und können nur mit Bedauern feststellen, daß die Warnungen vor der Abhängigkeit des englischen Eigenen, an denen es in der deutschen Presse seit drei Jahren nicht gefehlt hat, dort nicht schon früher zu größerer Beachtung Anlaß gegeben haben. Eben darum, weil der ehrliche Neutralitätswille des Landes von uns anerkannt wird und uns immer den größten Respekt eingeflößt hat. Vielleicht sind die letzten Worte des Feldmarschalls Hindenburg, die den sicheren Sieg des Unterseebootkrieges vorausgesagt haben, für sie ein Anlaß zum Nachdenken. Holländische Blätter haben in richtiger Kenntnis

der Sachlage den großherzöglichen Propagierungen in Lloyd Georges letzter Rede abgesehen nicht mehr, sondern viel Gewicht beilegt. Die Zeit muß kommen, wo es auch bei den Neutralen völlig klar wird, auf welcher Seite in diesem Kriege das Recht, und auf welcher Seite die „barbarische Gewalttat“ herrschender Gesichtspunkt ist.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der türkische Heeresbericht.

WTB. Konstantinopel, 11. Juli. Bericht vom 10. Juli. Abgesehen von der gewöhnlichen Aufklärungsaktivität und Artillerieübungen ereignete sich an der Kaukasus-Front nichts von Bedeutung. In der Nacht zum 10. Juli überflogen zwei feindliche Flugzeuge Konstantinopel und warfen an einigen Stellen Bomben, die nur unbedeutenden Schaden anrichteten.

Französische Fallschirmabteilung.

WTB. Berlin, 10. Juli. Der französische Heeresbericht meldet, daß bei den Angriffen französischer Flieger auf Luftballons unter anderen Bauwerken die wichtige Fabrik des Antifabrik ein Opfer der Flammen wurde. Dasselbe Nachrichten ist falsch. Sämtliche Bomben sind, ohne irgendwelchen Schaden zu verursachen, auf freies Gelände niedergefallen.

Die polnische Kreiswehrbewegung.

WTB. Warschau, 10. Juli. In der letzten Vollziehung des vorläufigen Staatsgesetzes wurde der von dem österreichisch-ungarischen Besatzungsamt vorgeschlagene Entwurf eines Statuts der Kreiswehrverwaltung für das österreichische Besatzungsgebiet angenommen. Der Staatsrat stimmte dem Entwurf dieses Statuts in dem Sinne zu, daß dadurch die Durchführung der unbedingt notwendigen Reformen beschleunigt wird, und beschloß, unersichtlich einen einseitigen Entwurf für das ganze Land auszuarbeiten.

Ueber die feierliche Beerdigung der polnischen Truppen von Warschau in der Infanteriekaserne berichtet „Gedyma Polski“ u. a. Am 1/10 Uhr ereignete am 9. Juli der Regimentskommandant Oberst Jeliński mit der Führe und begrüßte die versammelten Offiziere, darunter den Oberst Gierkowski und Oberst Berdick. Nach Eröffnen der Staatsratsmitglieder mit dem Kommandant an der Spitze wurde eine feierliche Feldmesse abgehalten. Darauf hielt der geistliche Anführer, der an Stelle des erkrankten Prälaten, Pzedzicki erschienen war, eine Ansprache, in der er u. a. in folgenden Worten auf die Bedeutung des Tages hinwies: Wir können vor Gott und die Welt treten mit der Überzeugung, daß wir unsere angeborenen Rechte auf Freiheit verteidigt haben und verteidigen werden und unsere Vaterlande treu sein werden bis zum letzten Atemzug. Darauf forderte Oberst Berdick die Soldaten und Offiziere zur Ablegung des Eides ab. „Vor dem provisorischen Staatsrat, unserer moralischen Regierung und dem einzigen Vertreter Polens, legen wir den von provisorischen Staatsrat beschlossenen Eid ab“, und sprach die Eidesformel. Die Gewanderte, Jeliński, „Gedyma Polski“, schloffen durch ganz Polen und drückten gewissermaßen den Dank dafür aus, daß es uns vergönnt war, den Augenblick zu erleben, in dem nach einem Jahrhundert der Unfreiheit ein polnisches Heer einem polnischen Könige den Eid leisten konnte.

Nach einem stimmungsvollen Marsch vor Oberst Jeliński und dem Staatsrat legten die Truppen in ihre Kasernen zurück mit der Überzeugung, daß sie von jetzt ab nur für Polen kämpfen und sterben werden.

Die russischen Sozialdemokraten.

C. B. Lugano, 11. Juli. Der Londoner Korrespondent der „Stampa“ meldet, geht auf ein Geschlossenes Interaktion des D. D. D. D. Die Unterabteilungen der russischen von den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie der Arbeitsgemeinschaft, der ungarischen Sozialdemokratie und anderen Delegierten seien in Angriff genommen worden. Die Beschlüsse wurden streng geheim gehalten.

C. B. Wien, 11. Juli. Aus sozialistischen Kreisen erhält die „Wiener Korrespondenz“ folgende Meldung: Der Stöckholmer Kongress wird von russischer Seite kein praktischer Erfolg voraussichtlich. Deshalb verfolgt die russische Sozialdemokratie den Gedanken weiter, eine selbständige Konferenz in Petersburg zu veranstalten, deren Vorbereitung die Hilfe der russischen Delegierten nach London gilt. Beachtenswert ist, daß die russischen Delegierten an der sozialistischen Konferenz nur als Gäste teilnehmen werden. Man deutet dies dahin, daß die russischen Sozialisten einer geschlossenen Aktion der Entente-sozialisten ablehnen gegenüberstehen und für alle Fälle jede Hand bereithalten wollen.

Amerikanischer Truppentransport unterwegs.

Frankfurt a. M., 10. Juli. Aus Walmö wird gemeldet: Norwegische Fischerboote haben im Atlantischen Ozean eine große amerikanische Flotte von etwa 10 Einheiten. Von diesen waren 50 bis 60 Transportdampfer, die übrigen Konventionen-Gabrigue. Die norwegischen Fischerboote wurden von den letzteren scharf beobachtet. (Aus der Meldung geht nicht hervor, ob es sich um den kleinen amerikanischen Truppentransport handelt, der bereits im vorigen Monat nach Frankreich gelangt ist, oder um eine Ergänzung dieses Transports. Red.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Juli. Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich, Dr. Bisco, v. Patocki. Haus und Tribünen sind sehr gut besucht. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 25 Min.

Geschäftsordnungsdebatte.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Bericht des Hauptauschusses über Fragen der inneren und äußeren Politik, als 2. die Kreditvorlage. Abg. Dr. Spahn (Zentr.) beantragt, beide Punkte von der Tagesordnung abzugeben. Abg. Graf Helldorf (kons.) bittet, den 2. Punkt nicht abzulehnen, da die Kreditvorlage nicht von irgendwelchen Bedingungen abhängig gemacht werden dürfte. Abg. Hasse (l. Soz.): Wir legen keinen Wert auf die Erledigung der Kreditvorlage. Das Haus mag über den Antrag Spain entscheiden.

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich bitte, den Antrag Graf Helldorf abzulehnen. Wir müssen nicht erst die Mittel zu bewilligen und nachher darüber zu reden, ob es richtig war oder nicht.

Abg. v. Payer (Zr. Sp.): Punkt 1 muß selbstverständlich abgelehnt werden, da der Bericht des Ausschusses noch nicht vorliegt und die Ausschussberatungen noch nicht abgeschlossen sind. Die Kreditvorlage hängt mit ihm zusammen. Es handelt sich ja nur um eine Vertagung auf kurze Zeit.

Abg. Hertin (D. Zr.): Es handelt sich nicht um einige Tage, sondern um Ablegung von der Tagesordnung, auf der der Gegenstand liegt. Die notwendigen Kredite müssen be willigt werden. Das ganze Welt wartet darauf.

Beide Punkte werden von der Tagesordnung abgelehnt, die politische Debatte einstimmig, die Kreditvorlage mit großer Mehrheit.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes für Kriegsgefangenen-fürsorge.

Abg. Davidsohn (Soz.): Wir sind mit der Tendenz der Vorlage, die der Humanität dienen will, einverstanden. Wir müssen durch das gute Beispiel auf die Feinde wirken, nicht durch Drohungen. Ich beantrage Überweisung an einen 24stündigen Ausschuss, der auch zu der Frage Stellung nehmen muß, inwieweit die Kriegsgefangenen unter die Arbeitsverpflichtung zu stellen sind.

Abg. Weinhausen (Zr. Sp.): Wir begrüßen die Vorlage, die ein Kriegsgefangenenrecht schaffen will. Eine Gleichstellung mit den einheimischen Arbeitern in der Reichsversicherungsordnung ist nicht angängig.

Abg. v. Boehn (kons.): Auch wir sind mit dem Gesetz einverstanden, zumal der bisherige Zustand jeder geistlichen Grundlage entbehrt. Wir werden im Ausschuss mitarbeiten. Abg. Cohn-Stordausen (l. Soz.): Wir wünschen, daß den ausländischen Kriegsgefangenen gegenüber nicht kleinlich verfahren wird.

Abg. Seyda (Volk): Wir stimmen dem Grundgedanken der Vorlage zu.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über den Wiederaufbau der Handelsflotte.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Unsere Schifffahrt hatte sich bei Ausbruch des Krieges auf einen Bestand von fünf Millionen Raummotoren gebogen. Ihr Material war das beste der ganzen Welt. Es war ein Viertel des Bestandes der Schiffe zwar nicht älter als fünf Jahre. Sie erlitten sich der Katastrophe, aber auch des Meeres unserer jetzigen Feinde, die gern unsere Passagierschiffe benutzten. Von diesen fünf Millionen Tonnage sind zwei Millionen oder mehr dem Feinde in die Hände gefallen oder sonstwie entwertet worden. Die neutrale Schifffahrt hat gewaltige Gewinne erzielt. Unsere Schifffahrt dagegen hat nur mit Verlusten zu rechnen und auch sonst große Verluste zu erwarten. Es müssen schon heute Vorbereitungen zur Abhilfe getroffen werden. Deutsche Unternehmungslust und deutscher Seemannsgeist sind ungeboren. Auch der Reichstag wird dazu beitragen zu ihr zu erhalten.

Auf Antrag des Abg. Dose (Zr. Sp.) wird die Vorlage dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen.

Das Haus erledigt sodann die auf der Tagesordnung stehenden Petitionen nach den Ausschussberichten ohne Aussprache.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag, den 13. d. 3 Uhr nachmittags. Anfragen, Vorlagen betr. die Kriegsgefangenenfürsorge, Ausbau der Handelsflotte, Bevölkerungspolitik und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Reichswahlhilfe für Frauen der Hilfsdienstpflichtigen.

Berlin, 11. Juli. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Bekanntmachung über Wochenhilfe aus Anlaß des vaterländischen Hilfsdienstes vom 6. Juli 1917.

Ausland.

Die Forderungen der vlämischen Sozialdemokratie.

WTB. Stockholm, 10. Juli. Laut „Socialdemokraten“ erklärte auf der allgemeinen internationalen Konferenz in Stockholm ein vlämischer Sozialist u. a.: Wir Vlamingen fordern nicht die Errichtung eines selbständigen vlämischen Reiches, sondern eine wirtschaftliche und politische Selbstregierung. Wir verlangen Gleichberechtigung mit den Wallonen. Damit würden auch die deutschen Anexionisten die Grundlage für ihre Forderungen verlieren. Belgien soll wiederhergestellt werden.

Stockholm, 11. Juli. (Privattelegramm.) Die vlämischen Vertreter auf der Stockholmer Konferenz schiederten einem Mitarbeiter von „Stockholms Tidningen“ die schwere Notlage der Vlamingen in Belgien seit 1830 und führten aus: Wir, die wir dem Kreise der aktiven Vlaminge angehören, haben dem Grundgedanken; jetzt oder nie. Belgien muß ein Bundesstaat nach dem Muster der Schweiz werden. Denn nur dadurch kann ein von der belgischen Regierung uns vor dem Kriege gegebenes Versprechen in Erfüllung gehen. Wir sind Gegner aller Annektionspolitik, und ein Verlust, Fländern der Deutschen Gewalt zu unterstellen, würde ebenso schwerer zur Revolution führen wie der Verlust, den Zustand vor dem Kriege wiederherzustellen. Andererseits Ansprüche auf Augsburg bezeichnen wir als eine Neuerung des Imperialismus. Woher es noch Versuche hat ein Reich, im Namen der belgischen Sozialdemokratie zu probieren. Mit dieser Sozialdemokratie haben sie seit Kriegsausbruch wenigstens, was die vlämische Sprache anbelangt, keine Berührung gehabt.

Halle und Umgebung.

Halle, den 12. Juli 1917. **Eierneisereis.** Das Eierneisereis erhielt der Sohn des Kaufmanns Otto Müller, in Firma Werdahl u. Müller, Hermann Müller. Der Hallische Ackerbauverein veranstaltete am Sonntag nachmittags 5 Uhr in Hallen eine Kamm-Sozialfeier, bei der zwölf Kamm (acht Zwölfer-Doppelkamm und vier Einsteher-Kamm) aus der Kasse gegeben werden. In dieser Veranstaltung

